

Ressort: Politik

Zeitung: Keine höhere Belastung für Atomkonzerne

Berlin, 26.11.2013, 15:49 Uhr

GDN - Die künftige Regierung will im Koalitionsvertrag auf die stärkere Belastung von Atomkonzernen verzichten. Das lasse sich laut eines Berichts der "Rheinischen Post" (Mittwochausgabe) aus dem dritten Entwurf des Koalitionsvertrages entnehmen.

Demnach habe die SPD ihre Forderung nach einer Entfristung der Kernbrennstoff-Steuer fallen gelassen. Ebenso habe die SPD die Forderung nach einem öffentlich-rechtlichen Fonds für den Abriss der Atommeiler aufgegeben, in den die Konzerne ihre Milliarden-Rückstellungen überweisen sollen. Stattdessen heißt es den Angaben zufolge nun: "Wir erwarten, dass die Kosten für den Atommüll und den Rückbau der kerntechnischen Anlagen von den Verursachern getragen werden. Über die Realisierung der rechtlichen Verpflichtungen der Energieversorgungsunternehmen wird die Bundesregierung mit diesen Gespräche führen."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-25864/zeitung-keine-hoehere-belastung-fuer-atomkonzerne.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619